

Stellungnahme des Forum Demokratischer Sozialismus (fds) zum Vorstoß der Parteivorsitzenden zur Einführung einer „Flucht-Umlage in der Europäischen Union (EU)“

*Um es bereits zu Beginn deutlich zu sagen: Wir halten den über **Spiegel online** verbreiteten Vorstoß unserer Parteispitze in der aktuellen Situation für ungeeignet. Wir bedauern darüber hinaus, dass zu dem Inhalt des Vorsitzendenpapiers im Vorfeld keine parteiweite Debatte möglich oder gewünscht war und bis heute das Papier den Mitgliedern der Partei nicht zur Verfügung gestellt wurde.*

Spiegel online zitierte am späten Freitagnachmittag aus einem von unseren beiden Parteivorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping vorgelegten Papier „**für eine solidarische Antwort auf die Flüchtlingskrise in der EU**“ und eine „**europäische Investitionsoffensive**“.

Neben richtigen Feststellungen, wie der, dass das Dublin-System gescheitert sei und wir als Linke dafür eintreten müssen, dass sich Flüchtlinge dort registrieren lassen dürfen, wo sie möchten, verfolgt das Papier den Versuch, eine weitergehende Lösung zur Bewältigung der Probleme bei der Aufnahme von Geflüchteten in der EU zu formulieren. Kern des Papiers ist die Einführung einer "Flucht-Umlage". EU-Mitgliedsstaaten, die sich abschotten, keine oder zu wenige Geflüchtete aufnehmen, sollen demnach verpflichtet werden, zu zahlen.

Aus unserer Sicht kommt dieser Vorschlag zur falschen Zeit. Er geht an der aktuellen Debatte in Europa und der Bundesrepublik, geht an der eigentlichen Problemlage vorbei. Bundesinnenminister Thomas de Maizière will den sog. Familiennachzug gänzlich aussetzen. Die CSU setzt sich im Koalitionsstreit um Transitzone durch - die SPD ändert als Koalitionspartner gerade einmal den Namen für diese „Gefängnisse mit Freigang“. Und gemeinsam wird in der GroKo durchgesetzt, dass zukünftig anerkannte Flüchtlinge an den Kosten für Sprach- und Integrationskurse finanziell beteiligt werden können. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vermittelt darüber hinaus parallel mit seiner Steuerschätzung den Eindruck, dass die „Gesundung des Staatshaushaltes“ (sic!) nun durch die tausendfache Zuwanderung in Gefahr gerate.

Das Problem aber liegt im eigentlichen Sinne nicht in der Finanzierung der Flüchtlingshilfe, -integration und -aufnahme. Das Problem liegt aus unserer Sicht aktuell primär in der Flüchtlingsrettung an den EU-Außengrenzen, dem Chauvinismus und Populismus der Regierenden in den europäischen Hauptstädten und dem Rassismus und Gewaltakten gegen Geflüchtete europaweit auf den Straßen.

Was jedoch nicht besteht, ist ein Finanzierungsproblem! Das Geld ist da und so einfach es auch klingen mag, es stimmt: Es geht um eine Umverteilung von oben nach unten und nicht um einen Ausgleichsfonds zwischen den Sozialsystemen und Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten der EU. Diese, das ist nicht neu, stehen seit der zunehmenden Wirtschafts- und Währungsintegration - insbesondere in der Eurozone - in einem ständigen Unterbietungswettbewerb. Die Leidtragenden sind die Ärmsten der jeweiligen Gesellschaften.

Wir halten den Vorschlag von „Ausgleichszahlungen“ also nicht geeignet für eine - wie es in dem Papier heißt - „vertiefte transnationale Zusammenarbeit“ in Europa. Aus unserer Sicht steht dieser Vorstoß im Gegenteil gerade für das Scheitern, die endgültige Aufgabe und damit am Ende „transnationaler Zusammenarbeit“ in Europa. Der LINKE-Vorschlag entfernt sich damit von einem europäisch-gemeinschaftlichen Ansatz zur Bewältigung der Aufnahme von Geflüchteten, statt sich ihm zu nähern. Geht es nach den LINKE-Vorsitzenden sollen darüber hinaus Staaten nicht nur dann zahlen, wenn sie zu wenige oder gar keine Geflüchteten aufnehmen und sich durch Zäune abschotten, sondern auch dann, wenn Geflüchtete sich eben nicht für das jeweilige Land zur Registrierung entschieden haben und deshalb geringere Aufnahmezahlen zustande kommen. Dies mit dem Prinzip der Forderung nach einer Ausbildungsplatzumlage zu vergleichen halten wir für gewagt. Nur zwei von vielen notwendigen diesbezüglichen Anmerkungen:

Die Leistungen für anerkannte Flüchtlinge in den einzelnen Mitgliedsstaaten variieren stark. Deutschland liegt - nach Zahlen des EU-Sozialkompass - im Vergleich dabei nur im Mittelfeld. So-

zialleistungen - ein beliebtes Vorurteil - sind nicht allein entscheidend für die Wahl des Ziels von Geflüchteten. Es geht vielen Geflüchteten um eine mittelfristige Perspektive für sich und ihre Familien in ihrem Aufnahmeland. Ein weiterer Entscheidungsgrund unter Flüchtenden für die Bundesrepublik ist u.a. in der Wirtschaftskraft des Landes zu suchen. Hinzu kommen Vorteile des weitgehend kostenlosen Gesundheits- und Bildungswesens. Im Zuge der Austeritätspolitik waren dies die ersten Sektoren, die in Südeuropa privatisiert wurden. Viele weitere Gründe, auch Vorurteile sind für die Staatenpräferenz ausschlaggebend. Oft liegt diese auch in dem Aufenthalt von bereits ansässigen Familienmitgliedern begründet. Osteuropäische Staaten aber haben auch vor dem Hintergrund ihrer noch kurzen Geschichte in der EU eine relative kurze Zuwanderungsgeschichte.

Wir als LINKE haben - nicht nur in der Auseinandersetzung um die Austeritätspolitik in Griechenland - zurecht darauf hingewiesen, dass die deutsche Wirtschaftskraft nur auf Kosten anderer EU-Staaten steigt. Dafür im Umkehrschluss nun aber im Zweifel diese in Bezug auf eine „Flucht-Umlage“ obendrauf zahlen zu lassen, erscheint uns nicht nachvollziehbar.

Die Höhe der Umlage-Zahlungen sollen sich, so Riexinger und Kipping, nach der jeweiligen Bevölkerungszahl und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit richten. Dies allerdings erscheint reichlich unkonditioniert. Es steht zu befürchten, dass entsprechende Umlageverpflichtungen die Kluft zwischen Arm und Reich in den jeweiligen Staaten noch vertiefen werden. Warum sollte ausgerechnet eine neoliberal ausgerichtete Regierungen, die aus eben jenen ideologischen Erwägungen Flüchtende abzuwehren versucht, Gelder für diese "Umlage" nicht durch Privatisierungen und Sozialkürzungen einsammeln?

Problematisch ist aus unserer Sicht auch, dass durch den Vorstoß, den das Hamburger Magazin zitiert, der Eindruck vermittelt wird, die Fluchtbewegungen seien so zu steuern. Auch über den für die „Umlage“ grundlegenden Verteilungsschlüssel gibt das Papier keine Auskunft. Im Gegenteil wird so der Eindruck erweckt, es gäbe eine gesellschaftliche Aufnahmeobergrenze. Dies ist für uns nicht nachvollziehbar. Offen bleibt auch, wie mit den Kosten der Vergangenheit für die Flüchtlingsrettung und Flüchtlingsaufnahme von Staaten wie z.B. Italien, Griechenland, Malta oder Zypern verfahren werden soll. Bislang haben sie diese zu großen Teilen alleine schultern müssen.

Kritisch sehen wir zudem, dass durch den Vorstoß das Prinzip einer europäischen Gemeinschaft auseinander getrieben wird. Wir vom Forum Demokratischer Sozialismus haben uns immer für eine vertiefte europäische Integration eingesetzt und formulierten zahlreiche, auch von der Partei beschlossene Vorschläge, zur Zurückdrängung der Dominanz der Regierungen von Mitgliedsstaaten in den europäischen Institutionen. Damit wird durch den Vorstoß nun gebrochen.

Es muss, nicht nur im Hinblick auf die aktuelle Problematik, unserer Meinung nach immer um demokratische europäische Antworten, statt nationalstaatlicher Dominanz und Konkurrenz gehen. Wenn, wie heute sichtbar, europäische Koordination nicht funktioniert, muss Kompensation möglich sein, ja erscheint sogar dringend notwendig. Dies kann u.U. ein extra Fonds sein. Dies kann aber auch ein um eine gemeinsam/mehrheitlich vereinbarte Summe gekürzter Zuweisungen aus europäischen Förderungen - ausgenommen im Bereich der Daseinsvorsorge - sein. Eine Lösung kann auch in einer ständigen verpflichtenden Abgabe nach dem Vorbild der Entwicklungshilfe liegen (0,7 Prozent des BIP), die auch zur Finanzierung der Bekämpfung von Fluchtursachen genutzt werden kann. Klüger wäre es aus unserer Sicht gewesen, den existenten europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) massiv aufzustocken und Gelder in diesem, welche für die Rückführung von nicht anerkannten Geflüchteten vorgesehen sind, umzuwidmen und für die Erstaufnahme, die auch durch das Programm gefördert wird, zu nutzen. Darüber hinaus sollten wir weiterhin daran festhalten, die Verursacher von Krieg, Hunger und Umweltzerstörung überproportional an den finanziellen Lasten für die Integration von Geflüchteten zu beteiligen.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen in Europa sollten wir unsere Forderung nach der Schaffung einer Sozialunion, in der die Hilfe für Flüchtende gut aufgehoben wäre, gerade jetzt ins Zentrum stellen. Es wäre durchaus richtig daran zu erinnern, dass europäische Solidarität keine Einbahnstrasse ist. Dies kann, dies muss aber auf eine Weise geschehen, die kein Wasser auf die Mühlen jener Kräfte ist, die dieses Europa im Abfluss der Geschichte verschwinden sehen wollen.

Es muss weiterhin darum gehen den europäischen (rechtlich und sozialen) Flickenteppich in Sachen Aufnahme und Integration von Geflüchteten aufzulösen. Es muss uns um einheitliche Regelungen zur Anerkennung von Geflüchteten, legale Fluchtwege und Neu-Regelungen zur Ausweisung von sog. sicheren Drittstaaten gehen. Einen ethischen, moralischen, politischen und humanistischen Sinneswandel erzeugt man auf diesem Kontinent nicht über "Umlagen". Stellen wir dem grosskoalitionären, gefährlichen Rumgemurkse endlich ein europäisches Migrations- und Integrationskonzept entgegen, anstatt uns daran zu beteiligen, jede Woche eine „neue Sau durchs Dorf zu treiben“.

fds-Bundesvorstand, 7. November 2015